



Thomas Kath

## Europa als Lebensmodell

*Verbindungszeitung der Babenberg Graz, April/Mai 2013*

Seit über zehn Jahren arbeitet der Thinktank Nova EUropa an umfassenden Politikkonzepten für das 21. Jahrhundert. Prinzipielle Basis sind die ökosoziale Marktwirtschaft und der Aufbau eines gleichberechtigten, handlungsfähigen und souverän agierenden Europa, das dem Erhalt des typisch europäischen Lebensmodells dient - neben den USA und China und deren Lebensmodellen. Der Thinktank ging aus einer Initiative einiger engagierter Cartellbrüder rund um Mag. Karl Koller v. Perikles, Merc, Nc, hervor und finanziert sich nach wie vor ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen, was seine Unabhängigkeit garantiert. Er ist offen für alle, die sich mit seiner grundsätzlichen Idee identifizieren – also weder allein auf den CV noch auf eine Partei eingeschränkt, gleichwohl seine Herkunft in den handelnden Personen unverkennbar ist. In den Medien hat er deshalb bereits einige Aufmerksamkeit erlangt, und er wurde dort – in typisch medialer Verkürzung - gelegentlich als „Gruppe von ÖVP-Rebellen rund um den Rechtswissenschaftler Heinrich Neisser“ beschrieben. Die Kronenzeitung entblödete sich nicht, Nova EUropa auf Seite 5 ihrer Sonntagsausgabe gar als „obskuren Verein“ zu bezeichnen, gleichwohl sie die Mitgliedschaft „ehemals führender ÖVP-Politiker“, nämlich zweier Vizekanzler (Cbr. Dr. Josef Taus v. Spund, Baj, NdW, und Kbr. Dr. Josef Riegler, LIJ) und eines Nationalratspräsidenten (Cbr. Dr. Heinrich Neisser v. Alladin, Rd, The), durchaus erwähnte.

### „ÖVP-Rebellen“

Wie der neue Präsident von Nova EUropa, Vizekanzler Dipl.-Ing. Dr. h.c. Josef Riegler, der zugleich auch Ehrenpräsident des Ökosozialen Forums ist, erst unlängst vor dem Senat der Wirtschaft in der Salzburger Residenz erinnerte, gelten die Grundsatzprogramme der CDU von 1994 und der ÖVP von 1995 nach wie vor unverändert. Die ökosoziale Marktwirtschaft und eine klare proeuropäische Positionierung sind darin massiv verankert. Riegler: „Aber das war noch vor dem weltweiten Siegeszug eines angloamerikanischen Marktfundamentalismus und profitgetriebenen Kapitalismus.“ In der Tat war in den großen bürgerlichen Parteien Deutschlands und Österreichs eine entsprechende angloamerikanische, Europa-verniedlichende Infektion zu spüren – und das, obwohl die Parteiprogramme nie angepasst wurden. Und nicht nur in diesen: Die Schröder-SPD war so neoliberal wie die Gusenbauer-SPÖ antieuropäisch.

Vielleicht unterließ man eine ordnungsgemäße Adaption der Parteiprogramme, weil man mit zu großen Widerständen aus der Funktionärsbasis gerechnet hatte...(?)

Jedenfalls scheint die „Massenfähigkeit“ der großen bürgerlichen Kraft kontinuierlich zu schwinden, und der einmalige Wahlsieg von 2002 hatte gewiss nichts mit neuer Zugkraft einer ins Neoliberale veränderten Ideologie, sondern vielmehr etwas mit Knittelfeld und den EU-Sanktionen zu tun, von

denen sich die SPÖ nicht distanzieren wollte, ja, die sie regelrecht bestellt zu haben scheint. Das war übrigens der Beginn der nachhaltigen Vergiftung des innenpolitischen Klimas wider die europäische Sache, wogegen Nova EUropa unter anderem ankämpft.

Die vermeintlichen „ÖVP-Rebellen“ von Nova EUropa sind es, die halt noch gelegentlich an das geltende Grundsatzprogramm der ÖVP erinnern – nicht nur explizit, wie es zuletzt Präsident Riegler in Salzburg deutlich tat, sondern vielmehr stets und widerkehrend implizit. Dabei wird nur Altbekanntes und Altbewährtes in Erinnerung gerufen. Riegler in Salzburg: „Die Marktfundamentalisten und Profitmaximierer übersehen, dass eine blühende Wirtschaft als Grundlage einen hohen allgemeinen Lebensstandard und eine breit gestreute Kaufkraft braucht.“ Und: „Der fundamentale Paradigmenwechsel vom Geist der Sozialen Marktwirtschaft Mitteleuropas zum kapitalistischen Denken im angloamerikanischen Raum ist durch folgendes Zitat besonders anschaulich illustriert: ‚Die soziale Verantwortung von Managern ist Profitmaximierung für die Aktionäre‘, formulierte Milton Friedman im Gegensatz zum Motto eines Ludwig Erhard: ‚Wohlstand für alle‘ als Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft.“

### Die so genannte Eurokrise

In der so genannten Eurokrise hat Nova EUropa einen Dreistufenplan entwickelt: Erstens sollte die Europäische Zentralbank (EZB) ankündigen, Staatsanleihen von Eurostaaten unbegrenzt anzukaufen, um die Spekulation gegen den Euro einzudämmen bzw. überhaupt abzuschalten; weiters soll eine Fiskalunion im Euroraum entstehen, um größere Kohärenz im Euroraum zu schaffen; und zuletzt sollte sich Kerneuropa zu einer Republik mit vollsouveränem, bundesstaatlichen Charakter zusammenschließen.

Punkt Eins der Forderungen von Nova EUropa sind von der EZB tatsächlich erfüllt worden. Wir erinnern uns, dass insbesondere Deutschland vehemente Bedenken hatte, und der deutsche Bundesbankchef Jens Weidmann als einziger im Direktorium gegen diese Maßnahme stimmte. Die Bernecker-Familie, die den Zürcher Finanzbrief und die deutsche Actien-Börse herausgibt, schreibt nun plötzlich in ihren Dezember 2012-Ausgaben: „Die deutsche Öffentlichkeit hat ein gespaltenes Bewusstsein. Es besteht die Gefahr, das Thema Euro in unzulässiger Weise negativ zu übertreiben und in vielfältiger Form sinnvolle Maßnahmen falsch zu beurteilen. ... Die Spekulationen gegen den Euro sind ausgelaufen. ... Die Spekulation gegen den Euro dreht sich ins Gegenteil.“ Verteidigt wird hier plötzlich auch die Griechenland-Rettung: „Der Pakt kostet die Europäer 47 Mrd. Euro. Die Deutschen rund 14 Mrd. Euro, dafür benötigen sie etwa 0,4 bis 0,5% des BIP pro Jahr. Damit ist aber festgeschrieben, dass sie den Rücken freihaben. (...) Die Angstrezeption der letzten 3 Jahre läuft kurzfristig aus. ... Etwa 30% bis 40% der Zurückhaltungen sowohl auf der Verbraucher- als auch auf der Firmenebene beruhen auf Vorsicht und nicht zwingend auf Geldknappheit. Das gilt auch für wesentliche Teile der Konsumlandschaft in Italien und Spanien. Trotz hoher Arbeitslosigkeit, was zu betonen ist. (...) Jede Krise dieser Art inklusive Schuldenschnitt führt stets zu einer schnellen, teils heftigen und in der Regel längerfristigen Erholung der Wirtschaft im jeweiligen Land. (...)“ Na also.

Auch die Griechenland-Rettung war stets eine Forderung von Nova EUropa gewesen, für die der Thinktank zunächst aus jener Partei, mit der die meisten seiner Mitglieder ihre politische Heimat teilen, bloß mit Kopfschütteln bedacht wurde – ebenso wie für sein Vertrauen in die italienische Wirtschaftskraft. Der zweite Punkt – die Fiskalunion – wird nun auf europäischer Ebene angepackt.

Und der dritte Punkt? Die Verschmelzung Kerneuopas?

## Wer fürchtet sich vor dem Bundesstaat?

Es ist unmöglich, Europa als eine Kopie der USA zu entwerfen. Das wäre auch in historischen Dimensionen Unfug. Die Vereinigten Staaten von Europa wird es daher nie geben. Letztlich ist der originär europäische Staatsentwurf die römische „res publica“. Nova Europa plädiert daher dafür, den kern-europäischen Bundesstaat als „Europäische Republik“ zu bezeichnen. Gewitzt gemeinten Einwänden, ob denn dann die Benelux-Monarchien abzuschaffen wären, setze ich ebenso wenig ernst gemeint das Wort des Konsuls Bonaparte entgegen, wonach das Kaisertum in keinem Widerspruch zur Republik bestehen würde, was im Lichte der römischen Geschichte durchaus zutreffend erscheinen mag. Erst unlängst habe ich in einem lateinischen Traktat aus der frühen Barockzeit (*Civitates orbis terrarum*, Kanonikus Georg Braun und Franz Hogenberg, Band VI, Köln 1617) den Begriff „tota Christiana Republica“ in der Bedeutung von „gesamter Christenheit“ entdeckt. Gemeint war wohl die Summe der christlichen Staaten – im Gegensatz zur im selben Atemzug erwähnten osmanischen Expansion gegen das österreichische Staatsgebiet („...barbari hostis...excursionibus...“).

Zurück zur seriösen Behandlung der kerneuropäischen Frage: Auf Basis ihrer bestehenden Verfassungen sollte eine Avantgarde europäischer Staaten die politische Union nach dem Konzept eines Bundesstaates vollenden. Die nationalen Verfassungen müssten – nach dem Subsidiaritätsprinzip – nur so weit angepasst werden, als es zum Funktionieren der gemeinsamen Bundesverfassung unbedingt notwendig ist. In den einzelnen Bundesstaaten müsste sich also organisatorisch und politisch wenig ändern – bzw. hinge dies davon ab, wie ambitioniert der Reformwille in den jeweiligen Gliedstaaten wäre, und wie sehr man die Gelegenheit beim Schopfe packen wollte. Diese kerneuropäische Bundesverfassung hätte natürlich all jene Institutionen, die eine europäische Republik traditionell ausmachen, vollentwickelt zu enthalten: Regierung, Parlament und Höchstgerichtsbarkeit.

Ebenso sollten, dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend, nur jene Angelegenheiten an die Bundesebene übertragen werden, die im nationalen Kontext schlecht beheimatet wären: Erstens Wirtschafts- und Steuerpolitik und zweitens Außen- und Verteidigungspolitik (in Österreich und Ungarn nannte man das einst weise: die pragmatischen Angelegenheiten); drittens in subsidiärer Weise die innere Sicherheit. Übrigens: Die Europäische Union bestünde nach diesem Konzept weiter – die Verschmelzung einzelner, kohärenter Staaten Westeuropas und des westlichen Mitteleuropa zur Europäischen Republik würde lediglich dazu führen, dass diese dann ein einziger, faktisch wohl dominierender Mitgliedstaat in der geographischen Mitte der Union wäre, was obendrein zu einer Reduktion der Köpfe in einzelnen EU-Organen führte. Der ständige Sitz Frankreichs im Sicherheitsrat ginge in Rechtsnachfolge auf die Europäische Republik über.

Diese Weiterentwicklung hätte sogar den Vorteil, Irrwege, die daraus entstanden sind, dass sich die europäische Sache einst nur als Binnenmarkt definierte, quasi gordisch zu lösen; Fragen von Gurken- und Bananenkrümmungen, die für begeisterte Binnenmärktler einst von eminenter Bedeutung waren, gehörten in der Europäischen Republik dann der Vergangenheit an, und die kerneuropäische Bundesregierung würde sich um die wirklich wesentlichen und großen politischen Fragen zu kümmern haben.

## Österreich: ein typisch mitteleuropäischer innenpolitischer Zustand?

Die Frage ist, ob Österreich in seinem derzeitigen innenpolitischen Zustand überhaupt einem solchen Projekt beitreten könnte: Und diese Frage wird man sich auch in Frankreich stellen, das traditionell wenig über Österreich Bescheid weiß, aber immerhin mitbekommen hat, dass es in diesem Land im

Osten Europas eine panökumenische, obskure „heilige Schrift“ mit dem Titel „Kronenzeitung“ gibt und eine apokryph verehrte politische „Heiligengestalt“ namens Jörg Haider, und dass Adolf Hitler eigentlich gebürtiger Österreicher war. Und dass gleich dahinter Viktor Orbán wohnt, und Ungarn und Österreich historisch eh irgendwie auch zusammen gehören. Kurz: ein bisschen Nazi, ein bisschen Balkan, gekonnt verpackt in elegantes Sacher- und Mozartkugeln-Papier. Natürlich könnten wir im Gegenzug mit dem Finger auf den Erfolg der Le Pen-Tochter zeigen und einige Allüren des gewesten Staatspräsidenten Sarkozy; Fakt bleibt aber, dass der innenpolitische Karren bei uns seit einigen Jahren ziemlich verfahren erscheint, und dass von einigen politischen Kreisen eine ziemliche antieuropäische „Alpenfestung“-Stimmung unter dem Codenamen: „Neutralität“ propagiert wird. Und zwar insbesondere auch via Kronenzeitung, um welche sich der sozialdemokratische Bundeskanzler Österreichs stets mit zärtlichster Zuneigung bemüht.

Was aber, wenn sich angesichts der globalen Herausforderungen zwischen Deutschland und Frankreich tatsächlich eine plötzliche Dynamik in Richtung Verschmelzung entwickelt? Würde Österreich dabei abseits stehen, wüchse wieder eine Art gläserne Wand zwischen Deutschland und Österreich aus dem Boden, und bei aller ungebrochenen mitteleuropäischen Tradition kann dann ein engeres Zusammenrücken mit Ungarn und/oder Tschechien und/oder anderen Kleinstaaten unserer Region keine echte Alternative sein. Insbesondere gegenüber Ungarn ist die wirtschaftliche (und vielleicht auch politische) Kohärenz derzeit viel zu gering, mit Tschechien sind wir ja ohnehin nie wirklich warm geworden, und überhaupt wäre die Gruppe zu klein und zu schwach, um im Schatten der Europäischen Republik noch eine halbwegs eigenständige Politik machen zu können, selbst wenn man Polen dazu nähme. Abgesehen von unseren Mentalitäten, die eine rasche multilaterale Koordination wohl nicht gerade erleichtern würden...

Mag sein, dass die „Europäische Republik“ morgen oder übermorgen noch kein Thema ist; aber Nova Europa sieht es als Aufgabe eines seriösen Thinktanks an, dieses Konzept schon heute zu denken, damit die Politik dann überlegte Entwürfe hat, wenn es einmal so weit sein sollte – damit sie es nicht unvorbereitet trifft, und damit sie dann keine überhasteten Maßnahmen trifft, die der Demokratie und der europäischen Sache schädlich wären.

Helmut Kohl, auch so ein CDU-„Rebell“, der der amtierenden Kanzlerin auszurichten wagte, sie mache ihm sein Europa kaputt, sagte einmal: „Die Visionäre sind die wahren Realisten der Geschichte.“ Immerhin war ihm die Wiedervereinigung Deutschlands geglückt, und eine einstige Kulturreferentin der FDJ-Gruppe der Akademie der Wissenschaften der DDR kann heute deutsche Kanzlerin sein, anstatt in einem verarmten kommunistischen oder post-kommunistischen Land beamtete, theoretische Molekularphysik ohne funktionierende oder zeitgemäße technische Ausstattung zu betreiben, und in der zwangsläufig reichlichen Freizeit für den Winter im Plattenbau zu stricken, weil Moskau das Gas nur liefert, wenn es gut aufgelegt ist.

Mag. Thomas Kath, Jahrgang 1972, ist Stv. Obmann von Nova Europa – Sammlungsbewegung für eine Europäische Republik und Vorsitzender des Altherrenländerrates des Österreichischen Cartellverbands (ÖCV) und Vorsitzender des Altherrenlandesbundes Burgenland im ÖCV